

Mammutaufgabe

INTEGRATION

Zuwanderer. Obwohl inzwischen deutlich weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen als in den vergangenen Jahren, sorgt das Thema nach wie vor für hitzige Debatten in Politik und Gesellschaft. Eine neue IW-Studie will die Diskussion versachlichen, indem sie die nüchternen Fakten zusammenträgt. Welche Hausaufgaben sich für die Politik daraus ableiten, erklärt IW-Ökonom Wido Geis im iwd-Kommentar.

—> [Seiten 2-4](#)

Datenschutz

Jedes vierte Unternehmen in Deutschland hatte im März noch nicht einmal angefangen, sich mit der EU-Datenschutzgrundverordnung zu beschäftigen.

—> [Seite 7](#)

MINT-Frühjahrsreport

In Deutschland fehlen so viele MINT-Arbeitskräfte wie noch nie. Um die Lücke zu verkleinern, sollten unter anderem mehr Fachkräfte aus dem Ausland gewonnen werden.

—> [Seiten 10-11](#)

Die Integration von Flüchtlingen erfordert einen langen Atem

Zuwanderer. Nach den beiden Rekordjahren 2015 und 2016 ist die Zahl der Asylsuchenden im vergangenen Jahr deutlich gesunken. Eine neue IW-Studie zeigt zudem, dass ihre Integration in den Arbeitsmarkt zwar erste Fortschritte macht, die Beschäftigungsquoten aber noch weit unter denen liegen, die andere Ausländer in Deutschland üblicherweise erreichen.

Die Zahl der offiziell neu registrierten Asylbewerber lag im vergangenen Jahr bei knapp 187.000 und hat damit die im Bundestagswahlkampf viel diskutierte Obergrenze von 200.000 unterschritten.

Korrekturweise müssen jedoch noch jene Personen hinzugezählt werden, die 2017 im Rahmen des Familienzuzugs zu ihren Angehörigen nach Deutschland gekommen sind, sowie jene, die auf der Basis sogenannter Resettlement- und Relocation-Programme aufgenommen

wurden. Diese Programme richten sich zum einen an besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, die in dem Land, in das sie zuerst geflüchtet sind, keine Chance auf Integration haben und auch nicht in ihr Heimatland zurückkehren können, und zum anderen an Asylsuchende aus EU-Mitgliedsstaaten, deren Asylsysteme – wie in Griechenland und Italien – stark beansprucht werden. Dennoch:

Im Vergleich zum Rekordjahr 2016 ist die Zahl der formalen

Asylanträge im vergangenen Jahr um rund 70 Prozent auf knapp 223.000 gesunken.

• **Aus welchen Ländern die Flüchtlinge kommen.** Hinter den sinkenden Flüchtlingszahlen stecken vor allem die Schließung der sogenannten Balkanroute und die Verschärfung der Asylgesetzgebung in Deutschland.

In den Jahren 2012 bis 2015 zum Beispiel kam jeweils fast ein Drittel der Asylbewerber aus den Balkanländern Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien – und das, obwohl diese Staaten nicht von besonderen Krisen betroffen waren.

Erst nachdem sie von Deutschland zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden, sank der Anteil der Flüchtlinge aus diesen Ländern auf weniger als 10 Prozent.

Der Syrienkonflikt und die gleichzeitige Verschlechterung der Sicherheitslage im Irak lässt sich ebenfalls in der Statistik ablesen (Grafik):

Kamen im Jahr 2013 erst rund 13 Prozent aller Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, waren es 2016 schon 49 Prozent.

Inzwischen führen Afrikaner die Rangliste der Herkunftsregionen an. Doch auch hier muss man genauer

Woher die Asylbewerber kommen

So viel Prozent der Asylbewerber in Deutschland kamen aus diesen Ländern

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Afrika	11,4	18,1	19,9	9,1	11,0	23,8
Syrien	10,2	10,1	20,3	34,1	36,1	22,6
Naher und mittlerer Osten	13,8	9,1	5,3	3,8	7,3	10,9
Irak	7,3	3,3	4,7	6,6	13,0	10,6
Ehemalige Sowjetunion	8,5	16,7	8,0	4,3	4,7	9,6
Balkanländer	32,5	30,2	31,0	30,2	6,1	9,1
Afghanistan	10,1	6,5	4,8	6,7	17,1	8,2
Andere Länder	6,2	6,0	6,1	5,3	4,6	5,1

Naher und mittlerer Osten: Bahrain, Jemen, Jordanien, Iran, Israel, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Pakistan, Palästina, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate; Balkanländer: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien

Quelle: Eurostat
© 2018 IW Medien / iwd

hinschauen: So ist zwar der Anteil der Afrikaner an allen Asylbewerbern in Deutschland von 11 Prozent im Jahr 2016 auf knapp 24 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen – ihre absolute Zahl aber ist von rund 82.000 auf 53.000 gesunken.

• **Wie viele Flüchtlinge in Deutschland bleiben dürfen.** Auch die Ergebnisse der Asylverfahren haben sich in den vergangenen Jahren signifikant verändert. Hatte sich der Anteil der positiven Bescheide im Zeitraum von 2014 bis 2016 noch auf 62 Prozent verdoppelt, geht er seitdem wieder zurück: Im vergangenen Jahr wurden lediglich 43 Prozent positiv beschieden, im ersten Quartal 2018 waren es sogar gerade mal noch 32 Prozent.

Das bedeutet jedoch umgekehrt nicht, dass alle, deren Asylantrag abgelehnt wird, Deutschland auch tatsächlich verlassen. Gibt es triftige Hindernisgründe für eine Abschiebung, zum Beispiel fehlende Dokumente oder eine Krankheit, bekommen die Betroffenen den Status der Duldung:

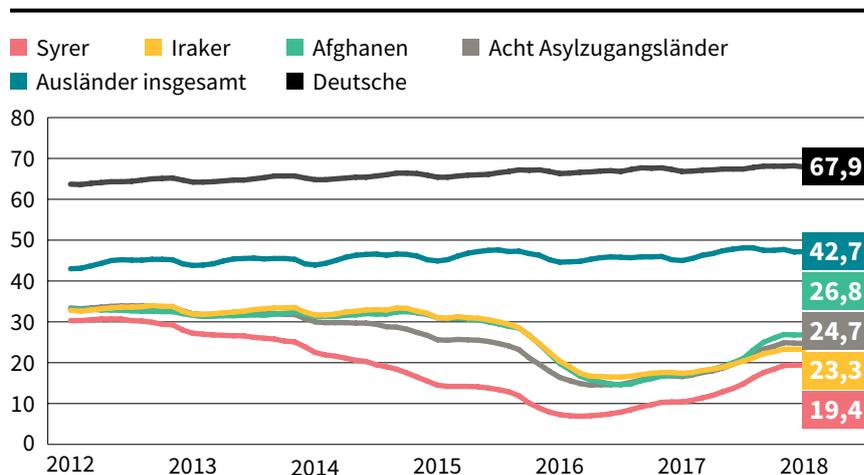
Von Ende 2012 bis Ende 2015 hat sich die Zahl der Geduldeten von 86.000 auf 156.000 fast verdoppelt, ist aber bis Ende 2017 nur noch auf 167.000 angestiegen.

Allerdings ist davon auszugehen, dass ein sehr großer Teil der abgelehnten Asylbewerber Rechtsmittel einlegt und deshalb – vorerst – in Deutschland bleibt. Da die Asylkammern der Verwaltungsgerichte der Klagewelle kaum gewachsen sind (siehe Kommentar Seite 4), wird es wohl zu sehr langen Verfahrensdauern kommen.

• **Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.** Zur Wahrheit über die Flüchtlinge in Deutschland gehört auch, dass – anders als zu Beginn des starken Zuzugs in den Jahren 2015 und 2016 vermutet – ein großer Teil von ihnen keine günsti-

Asylbewerber: Auf dem Arbeitsmarkt noch nicht Fuß gefasst

So viel Prozent der Erwerbsfähigen der jeweiligen Gruppe in Deutschland waren sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigt



2018: Stand Januar; acht Asylzugangsländer: Afghanistan, Eritrea, Nigeria, Iran, Irak, Pakistan, Somalia und Syrien

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

gen Voraussetzungen mitbringt, um auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Den meisten Flüchtlingen fehlt schlicht die erforderliche Qualifikation:

Über 86 Prozent der Arbeitssuchenden aus den acht wichtigsten Zugangsländern hatten Anfang 2018 keine (formale) Berufsausbildung vorzuweisen.

Zwar ist die weitverbreitete Auffassung falsch, dass jene Geflüchteten, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt bereits Fuß gefasst haben, lediglich einfache Tätigkeiten ausüben. Richtig ist aber, dass die Beschäftigungsquoten auffallend niedrig sind (Grafik):

Von den Erwerbsfähigen aus den acht wichtigsten Zugangsländern waren Anfang 2018 weniger als 25 Prozent sozialversicherungspflichtig oder zumindest geringfügig beschäftigt.

Zum Vergleich: Die Beschäftigungsquote aller anderen Ausländer in Deutschland beträgt annähernd 43 Prozent, die der Bundesbürger liegt sogar bei fast 68 Prozent.

Weil die meisten arbeitssuchenden Flüchtlinge die Voraussetzungen für eine qualifizierte Beschäftigung nicht erfüllen, ist davon auszugehen, dass sie – wenn ihnen irgendwann der Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt gelingt – zumeist mit einfachen Jobs vorliebnehmen müssen.

Sollen diese Menschen die Chance auf eine anspruchsvollere Beschäftigung bekommen, sind entsprechende Nachqualifizierungsmaßnahmen nötig, die auch berufsbegleitend angeboten werden sollten.

Ohnehin ist für die Integration von Flüchtlingen ein langer Atem nötig: So hat es in der Vergangenheit im Schnitt fünf Jahre gedauert, bis die Hälfte der nach Deutschland Geflüchteten eine Arbeit gefunden hatte.

IW-Report 18/2018

Wido Geis: Trotz geringerer Zuzugszahlen noch immer eine Herausforderung – Aktueller Stand der Flüchtlingsaufnahme

iwkoeln.de/zuzugszahlen

„Eine europäische Einigung ist derzeit kaum vorstellbar“

Kommentar. Die EU braucht dringend eine Neuausrichtung ihrer gemeinsamen Asylpolitik, doch derzeit liegen die Vorstellungen der Mitgliedsländer weit auseinander, stellt **Wido Geis** in seinem Kommentar für den iwd fest. Der IW-Ökonom erklärt, was Politik und Verwaltung in Sachen Integration tun müssen.



Foto: IW Medien

In der Theorie ist die EU-Welt noch in Ordnung: Bereits seit 1999 gibt es das Gemeinsame Europäische Asylsystem. In der Praxis aber wird es von den Mitgliedsstaaten nur unzureichend umgesetzt. Dies gilt vor allem für das Dublin-Verfahren: Demnach ist jenes EU-Land, in dem ein Flüchtling ohne gültige Einreisepapiere erstmals europäischen Boden betritt, für das Asylverfahren zuständig. Dennoch kommen viele auf der Suche nach Asyl in jene Länder, die ihnen am attraktivsten erscheinen – und Deutschland steht ganz oben auf ihrer Liste.

Dies liegt auch daran, dass die Binnengrenzen der Union durch das Schengen-Abkommen de facto kaum noch existieren. Die Bundesrepublik kann also, wie alle EU-Binnenländer, den Zuzug von Flüchtlingen nicht selbst steuern.

Realistisch betrachtet erscheint es derzeit kaum vorstellbar, dass sich die EU-Länder auf eine neue – und funktionierende – Asylpolitik einigen. Der einzig gangbare Weg ist es wohl, darauf hinzuwirken, dass das Dublin-System konsequent umgesetzt wird.

In Deutschland ist vor allem die große und steigende Zahl der Asylverfahren bei den Verwaltungsgerichten hoch problematisch. Selbstverständlich hat ein Flüchtling das Recht, gegen die Ablehnung seines Asylantrags Rechtsmittel einzulegen. Doch die Verwaltungsgerichte sollten nur in Ausnahmefällen in die Asylverfahren einbezogen werden, erste Anlaufstelle ist und bleibt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Derzeit aber sind es die Asylkammern der Verwaltungsgerichte, die unter der enorm gestiegenen Zahl an Verfahren schier zusammenbrechen: Sie lag 2017 bei fast 330.000 – nicht einmal halb so viele konnten abgeschlossen werden. Um das zu ändern, müssen die erstinstanzlichen Bescheide rechtssicherer werden, das heißt, die Entscheidungsverfahren an sich sind zu überprüfen.

Zudem sollten möglichst alle für Flüchtlinge relevanten Entscheidungen von einer einzigen Behörde getroffen werden. Tatsächlich ist das BAMF aber nur für das Asylverfahren an sich zuständig, mit allen weiteren aufenthaltsrechtlichen Fragen wie

der, ob es nach einer Ablehnung zur Abschiebung oder Duldung kommt, beschäftigen sich die dezentral organisierten Ausländerbehörden.

Und last, but not least muss auch die Integrationspolitik effektiver und effizienter werden. Zwar sind die Angebote in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut worden, dennoch fehlt es vielerorts an Integrations- und vor allem an Sprachkursen, die den Flüchtlingen Kenntnisse vermitteln, die über die Beherrschung der Alltagssprache hinausgehen: nämlich berufs- und ausbildungsbezogene Sprachkenntnisse, die sie in die Lage versetzen, eine qualifizierte Tätigkeit auszuüben.

Bei allen Herausforderungen macht es Mut, dass die Beschäftigung von Flüchtlingen in den letzten Monaten stark gestiegen ist. Zwar sind viele zunächst vor allem in Helferberufen tätig. Doch auch in der Berufsausbildung kommen zunehmend neue Azubis aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern an.

Auch wenn die erfolgreiche Integration viel Zeit und Kraft benötigt – sie ist ethisch geboten und ökonomisch sinnvoll.

Der Trend geht zur Weiterbildung

Weiterbildung. Immer mehr Erwerbstätige nehmen an Seminaren und Kursen teil, wie ein Vergleich von Befragungen seit Ende der 1970er Jahre zeigt. Dies gilt zwar auch für Geringqualifizierte – dennoch muss gerade diese Gruppe noch zulegen.

Macht die Digitalisierung meinen Job bald überflüssig? Das fragen sich wohl viele Menschen. Doch vorerst dürften Computer und Roboter nur die einfach(st)en Tätigkeiten ersetzen, also jene, die keine Ausbildung erfordern. Mit fortschreitender technologischer Entwicklung stehen dann womöglich auch anspruchsvollere Aufgaben auf der Kippe.

Die Devise kann also nur lauten: weiterbilden, weiterbilden, weiterbilden. Und tatsächlich lassen sich die Bundesbürger diesbezüglich nicht lumpen (Grafik):

Hatte im Jahr 1979 gerade einmal jeder fünfte Erwerbstätige eine Weiterbildung absolviert, waren es 2012 bereits 60 Prozent.

Aktuellere Zahlen gibt es nicht – die Daten werden nur alle sechs bis sieben Jahre erhoben. Zwei Zusammenhänge bestanden in der Vergangenheit jedoch stets:

- **Je höher die formale Qualifikation der Erwerbstätigen ist, desto selbstverständlicher ist ihre Teilnahme an Fortbildungen.**

- **Je anspruchsvoller die Tätigkeit von Geringqualifizierten ausfällt, desto größer ist ihr Weiterbildungsengagement.**

Hervorzuheben ist die zunehmende Weiterbildungsbereitschaft von An- und Ungelernten. Der Anteil derjenigen, die Seminare, Kurse und Lehrgänge belegen, war 2012 mehr als viermal so hoch wie 1979. Ein Grund dafür ist, dass höhere Arbeitsanforderungen auch Geringqualifizierte zur Weiterbildung motivieren – und zwingen.

Trotzdem sollte die Politik den Geringqualifizierten, die viel einfache Arbeit verrichten, einen noch besseren Zugang zur Weiterbildung verschaffen. Hilfreich wären zum Beispiel zusätzliche Beratungsangebote und eine gezielte Förderung von Grundkenntnissen.

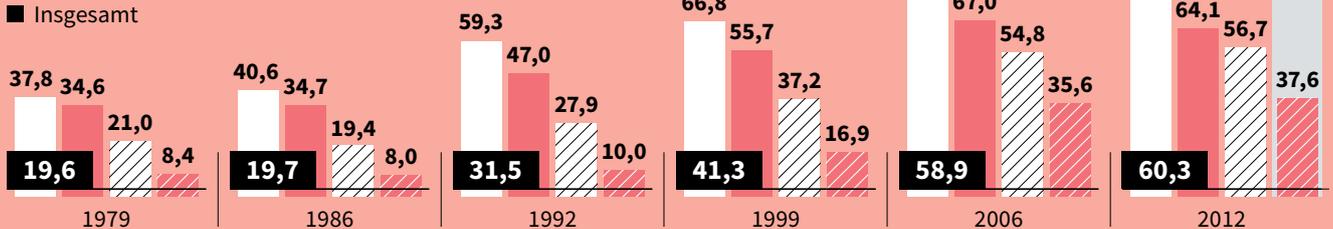
IW-Analysen Nr. 122

Susanne Seyda, Luisa Wallossek, Michael Zibrowius:
Keine Ausbildung – keine Weiterbildung?
iwkoeln.de/weiterbildung_ungelernte

Weiterbildung: Auch eine Frage des Anspruchs

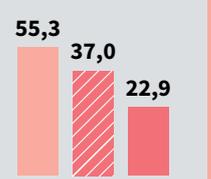
So viel Prozent der Erwerbstätigen in Westdeutschland im Alter von 18 bis 64 Jahren mit dieser beruflichen Qualifikation haben an Weiterbildungen teilgenommen

- Akademischer Abschluss
- Fortbildungsabschluss
- Berufsausbildung
- Ohne beruflichen Abschluss
- Insgesamt



So viel Prozent der Geringqualifizierten ohne beruflichen Abschluss, deren Tätigkeit in diesem Umfang aus Einfacharbeit bestand, haben im Jahr 2012 Weiterbildungen absolviert

- Keine Einfacharbeit
- Teilweise Einfacharbeit
- Viel Einfacharbeit



Befragung von 14.502 (2012) bis 28.585 (1979) Erwerbstätigen jeweils im 4. Quartal des Vorjahres sowie im 1. Quartal des angegebenen Jahres; Erwerbstätige: mit deutscher Staatsangehörigkeit; Weiterbildungen: Lehrgänge, Kurse und Seminare; Einfacharbeit: Tätigkeiten, für die keine Ausbildung und keine Fachkenntnisse erforderlich sind, deren Ausführung in allen Einzelheiten vorgeschrieben ist, deren Arbeitsgänge sich bis in alle Einzelheiten wiederholen und für die oft Mindestleistungen wie Stückzahlen oder Zeiten vorgegeben sind

Quellen: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft © 2018 IW Medien / iwd

Preis macht Öl

Ölmarkt. Wenn die Wirtschaft brummt, werden die meisten Rohstoffe teurer – allen voran das Erdöl. Dessen Preis steigt aktuell auch, weil Donald Trump den Atomdeal mit dem Iran aufgekündigt hat. Doch ganz so stark wie in der Vergangenheit dürften die Preise nicht mehr anziehen, denn US-Produzenten können zusätzliche Ölförderanlagen immer günstiger hochfahren.

Wenn in Deutschland zwei Supermarktketten oder Telefonanbieter fusionieren wollen, ist das Kartellamt nicht weit. Es soll im staatlichen Auftrag sicherstellen, dass der Zusammenschluss der Firmen nicht zum Nachteil der Konsumenten erfolgt.

Die Organisation erdölexportierender Länder, kurz OPEC, wäre ganz klar ein Fall fürs Kartellamt – schließlich haben sich in der Organisation 14 Staaten zusammengeschlossen, die gemeinsam rund 40 Prozent der weltweiten Erdölproduktion verantworten.

Doch die Macht des Kartellamts ist auf Deutschland beschränkt, die OPEC kann ihre Sonderstellung also unkontrolliert nutzen – und sie hat wieder einmal beschlossen, die Erdölförderung zu beschränken. Das Kalkül: weniger Öl, höhere Preise, mehr Gewinn.

Insbesondere Saudi-Arabien hat daran ein gesteigertes Interesse, denn die Scheichs wollen ihren Ölkonzern an die Börse bringen und dafür dessen Bewertung nach oben schrauben. Zudem kosten die Saudis der Krieg im Jemen und der Umbau der eigenen Wirtschaft viel Geld.

Allerdings ist die einstige Allmacht der OPEC längst Geschichte und sie kann die Ölpreise nicht mehr allein über ihre Förderquoten diktieren. Das liegt zum einen daran, dass sich wohl nicht alle Mitgliedsstaaten an die vereinbarten Quoten halten. Zum anderen – und das ist entscheidend – geben die USA den Spielverderber: Dank neuer Techniken kann die amerikanische Frackingbranche Erdöl zu immer niedrigeren Kosten aus dem Boden holen und so hohe Gewinne machen.

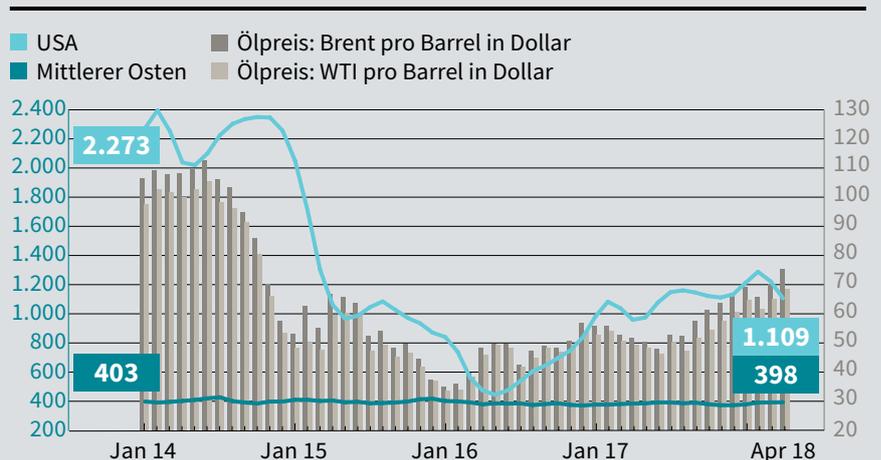
Experten gehen davon aus, dass sich diese Art der Förderung mittlerweile schon ab 50 Dollar pro Barrel lohnt. Und tatsächlich (Grafik und Kasten):

Seit Frühsommer 2016, als Erdöl noch unter 50 Dollar pro Fass kostete, hat sich die Zahl der aktiven Förderanlagen in den USA parallel zur Entwicklung des Ölpreises fast verdreifacht – während die Zahl der OPEC-Förderanlagen nahezu stabil geblieben ist.

Im Ergebnis steigt der Ölpreis zwar wieder – gerade jetzt, nachdem der US-Präsident die geopolitische Entwicklung durch seine Iran-Entscheidung unkalkulierbar gemacht hat. Doch der Preis ist noch immer weit von einstigen Rekorden entfernt. Und Analysten vermuten, dass die USA bei Bedarf viele weitere Anlagen aktivieren können, sollte der Preis weiter nach oben klettern.

USA: Ölförderung nach Preislage

Zahl der aktiven Öl- und Gasförderanlagen



Mittlerer Osten: unter anderem Saudi-Arabien, Irak, Kuwait und Oman; Brent: die für Europa wichtigste Rohölsorte, benannt nach dem gleichnamigen Ölfeld in der Nordsee; WTI: West Texas Intermediate, die für Amerika wichtigste Ölsorte

Ursprungsdaten: Bloomberg, Baker Hughes
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Was ist Fracking?

Gas und Flüssigkeiten sind häufig unterirdisch in Gestein eingelagert. Hydraulic Fracturing, kurz Fracking, erzeugt, weitet und stabilisiert Risse in diesen steinernen Lagerstätten. Erdöl und Erdgas können dann leichter und beständiger gefördert werden. Beim Fracking wird durch eine Bohrung unter hohem Druck eine Flüssigkeit ins Gestein gepresst, aus dem später Rohstoffe gefördert werden sollen.

Mehr Regeln, mehr Aufwand

Datenschutz. Der Countdown läuft: Am 25. Mai 2018 tritt die EU-Datenschutzgrundverordnung in Kraft. Sie sorgt dafür, dass Daten verarbeitende Betriebe mit sensiblen Informationen europaweit einheitlich umgehen müssen.

In einigen Firmen herrscht Torschlusspanik: Denn in der EU gilt ab dem 25. Mai die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Mit ihr regelt die Europäische Union die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Unternehmen und Behörden – und zwar einheitlich für alle Mitgliedsstaaten.

Überraschend kommt die Verordnung allerdings nicht. Die DSGVO ist schon seit zwei Jahren gültig, doch jetzt läuft die Umstellungsfrist ab.

Trotzdem hatten im März 2018 lediglich 13 Prozent der deutschen Unternehmen, die das Beratungsunternehmen absolit befragt hat, ihre Prozesse bereits an die neuen Regularien angepasst. Viele Betriebe haben das Thema überhaupt nicht auf dem Schirm (Grafik):

Rund ein Viertel der Unternehmen in Deutschland hatte im März noch nicht einmal angefangen, sich mit der Datenschutzgrundverordnung zu beschäftigen.

Das könnte sie teuer zu stehen kommen. Verstöße gegen die Verordnung können mit Geldbußen von bis zu 4 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes bestraft werden.

Kern der DSGVO ist das Recht auf individuelle Selbstbestimmung im Umgang mit den eigenen Daten. Das bedeutet viele neue Dokumentations-, Transparenz- und Auskunftspflichten für die Unternehmen – und

damit einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Firmen, Behörden und sogar Schulen müssen von ihren Kunden respektive den Eltern die Einwilligung zur Datenverarbeitung einholen und dabei stets einen konkreten Verwendungszweck angeben. Zudem müssen die Daten verarbeitenden Organisationen ihre Klienten besser über die Verwendung informieren und ihre Prozesse in der Produktentwicklung anpassen, um Privacy by Design, also Datenschutz durch Technikgestaltung, umzusetzen. All das kostet viel Geld:

Laut einer Studie des Softwareunternehmens Veritas rechnen deutsche Unternehmen im Schnitt mit 820.000 Euro Kosten für die Erfüllung der DSGVO.

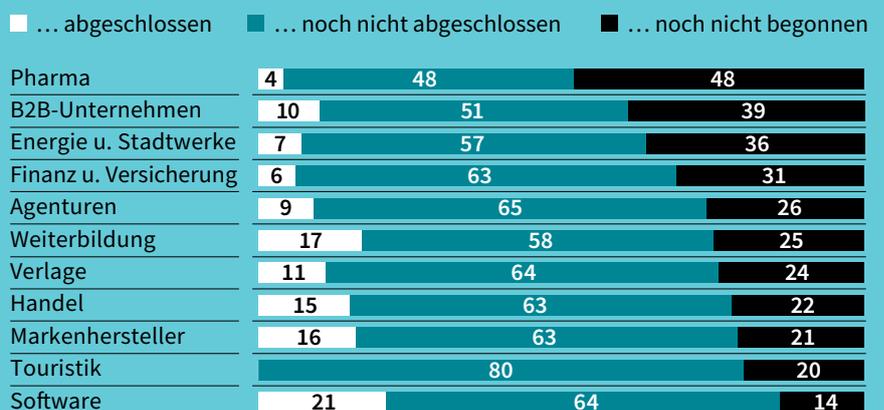
Die Vorgaben bereiten vor allem kleinen Unternehmen und Selbstständigen Kopfzerbrechen, denn sie haben oft nicht die Ressourcen, um sich mit der Umsetzung einer EU-Verordnung zu beschäftigen.

Andererseits macht die DSGVO das Thema Datenschutz zu einem wichtigen Wirtschafts- und Wettbewerbsfaktor, vor allem im grenzüberschreitenden Handel. So müssen EU-weit tätige Unternehmen ihre Geschäftsmodelle nun nicht mehr an die unterschiedlichen nationalen Datenschutzgesetze anpassen.

Außerdem zwingt die DSGVO die Betriebe, ihre Geschäftsprozesse auf den Prüfstand zu stellen. Firmen, die Datensicherheit nun ganz oben auf ihre Agenda setzen, könnten für Kunden attraktiver werden. Denn Verbraucher werden mit jedem Datenskandal mehr für das Thema sensibilisiert. Auf der Verliererseite stehen dagegen Betriebe, die sich bisher mit einem niedrigen Datenschutzniveau zufriedengegeben haben. Insbesondere amerikanische Internetunternehmen müssen ihre Richtlinien stark anpassen, um EU-Bürger weiterhin zu ihren Kunden zählen zu können.

Datenschutz: Unternehmen hinken hinterher

So viel Prozent der deutschen Unternehmen haben ihre Vorbereitungen für die ab dem 25. Mai 2018 geltende Datenschutzgrundverordnung ...



Befragung von 606 Unternehmen im März 2018; B2B: Business-to-Business

Quelle: absolit Dr. Schwarz Consulting
© 2018 IW Medien / iwd

Nebelkerzen aus Amerika

Außenhandel. US-Präsident Donald Trump macht die Europäische Union mitverantwortlich dafür, dass die USA ein immenses Außenhandelsdefizit haben. Doch der präsidentiale Vorwurf greift angesichts des komplexen Themas zu kurz. Selbst Deutschlands Handelsüberschuss gegenüber den USA könnte deutlich niedriger sein, als es die Daten vermuten lassen.

In manchen Sachen ist von Anfang an der Wurm drin. Das gilt auch für Donald Trumps Einschätzung zum Handel zwischen den USA und der EU: In einem Playboy-Interview erklärte der Milliardär bereits im Jahr 1990, was er als amerikanischer Präsident gegen das Handelsdefizit seines Landes tun würde, nämlich „jeden Mercedes-Benz und alle japanischen Produkte“ mit einer Einfuhrsteuer belegen. Allerdings, so Trump damals, sei er „zu 100 Prozent sicher“, diesen Job nicht haben zu wollen.

Fast 30 Jahre später ist Trump doch US-Präsident – und das Außenhandelsdefizit wurmt ihn immer noch. Aber zumindest gegenüber der EU sind seine protektionistischen Drohungen völlig unangebracht (Grafik):

Bereits seit der Finanzkrise haben die USA gegenüber der Europäischen Union einen Leistungsbilanzüberschuss. Von 2016 auf 2017 ist dieser sogar um nahezu 150 Prozent auf 14,2 Milliarden Dollar gestiegen.

Anders sieht es mit Blick auf Asien aus. Dort sind es allerdings nicht die Japaner, die den USA die Bilanz verhaseln, sondern die Chinesen:

Im Jahr 2017 hatten die USA ein Leistungsbilanzdefizit von 466 Milliarden Dollar – davon stammten 358 Milliarden Dollar aus den Geschäften mit China.

Wenn Europa die Vorwürfe des amerikanischen Präsidenten nicht viel energischer kontert, mag das an der Komplexität des Themas liegen und daran, dass sich die Leistungsbilanz aus vielen unterschiedlichen Komponenten zusammensetzt.

So wirkt es auf den ersten Blick tatsächlich, als würde Europa die USA mit Gütern überschwemmen – der Überschuss der EU im Warenhandel war 2017 mit mehr als 150 Milliarden Dollar immens. Allerdings wird das zu etwa einem Drittel durch den

starken US-Dienstleistungshandel ausgeglichen – hier machen die USA ein Plus von gut 50 Milliarden Dollar. Denn sie verdienen beispielsweise mit Werbung, die auf amerikanischen Social-Media-Plattformen wie Facebook geschaltet wird, international viel Geld.

Die anderen zwei Drittel gleicht der US-Überschuss bei den sogenannten Primäreinkommen aus (Grafik Seite 9). Dahinter verbergen sich Einkommen, die amerikanische Firmen und Privatpersonen durch

US-Leistungsbilanz: Dickes Minus mit China

in Millionen Dollar

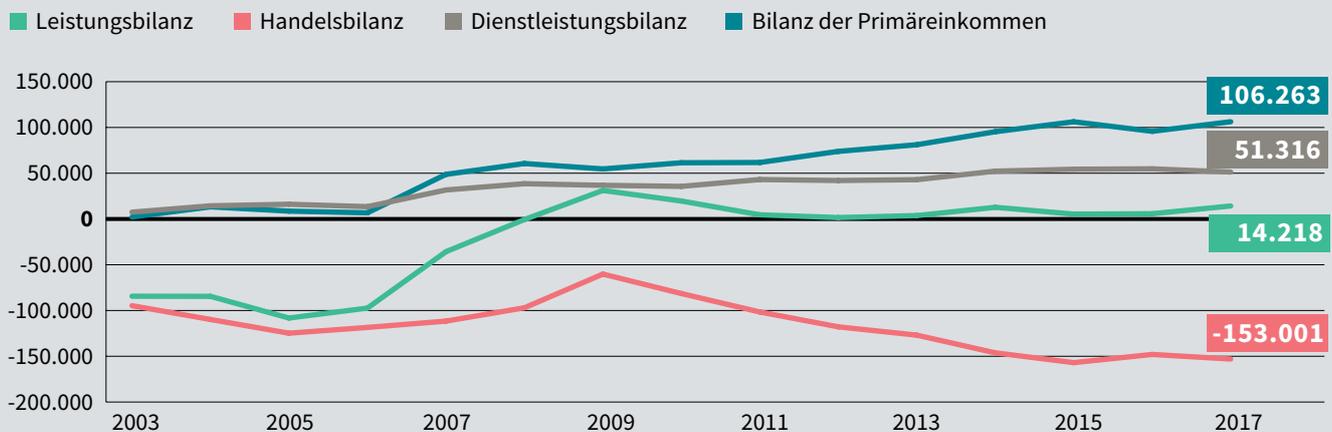
	Insgesamt	Europäische Union	China
2003	-518.744	-84.401	-132.250
2004	-631.591	-84.528	-173.057
2005	-745.234	-108.225	-219.796
2006	-805.964	-97.377	-262.053
2007	-711.035	-84.401	-296.255
2008	-681.389	-633	-307.327
2009	-372.521	31.192	-262.623
2010	-430.698	19.628	-300.245
2011	-444.589	4.564	-313.497
2012	-426.198	1.557	-328.261
2013	-349.543	3.724	-324.558
2014	-373.800	1.278	-342.689
2015	-434.598	5.314	-362.103
2016	-451.685	5.736	-332.661
2017	-466.246	14.218	-358.046

Leistungsbilanz: Summe von Handels-, Dienstleistungs-, Primäreinkommens- und Sekundäreinkommensbilanz; Primäreinkommen: Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen und Arbeitseinkommen aus dem Ausland; Sekundäreinkommen: grenzüberschreitende Zahlungen ohne Gegenleistung

Quelle: Bureau of Economic Analysis
© 2018 IW Medien / iwd

US-Leistungsbilanz mit der EU: Rote Zahlen nur im Handel

in Millionen Dollar



Darstellung ohne Sekundäreinkommen;

Leistungsbilanz: Summe von Handels-, Dienstleistungs-, Primäreinkommens- und Sekundäreinkommensbilanz;

Primäreinkommen: Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen und Arbeitseinkommen aus dem Ausland; Sekundäreinkommen: grenzüberschreitende Zahlungen ohne Gegenleistung

Quelle: Bureau of Economic Analysis
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Investitionen in Europa erwirtschaften – also Erträge aus Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen und sonstigen Investitionen.

Anders gewendet kann man den Handelsstreit also wie folgt auf den Punkt bringen: Der Konflikt zwischen den USA und der EU entsteht, weil unterschiedliche Geschäftsmodelle aufeinandertreffen – die Europäer exportieren mehr Waren, dafür investieren amerikanische Firmen in der EU mehr und ziehen daraus einen beachtlichen finanziellen Nutzen.

Tatsächlich spielen diese Auslandsinvestitionen eine immer größere Rolle für die US-Wirtschaft:

Der Anteil der aus dem Ausland überwiesenen Primäreinkommen an allen Einkünften, die aus dem Ausland in die USA fließen, hat sich seit Anfang der 1990er Jahre von rund 21 auf rund 27 Prozent erhöht.

In Deutschland dagegen hat sich der Anteil der Primäreinkommen von 1991 bis 2017 deutlich reduziert – von mehr als 15 auf 11 Prozent.

Apropos Deutschland: Aus amerikanischer Sicht ist von den EU-Mitgliedsstaaten vor allem Deutschland der böse Exportsünder. Doch so einfach liegen die Dinge hier ebenfalls nicht. Denn die Interpretation der Außenhandelsdaten wird auch dadurch erschwert, dass es erhebliche statistische Unschärfen gibt – und die machen es nahezu unmöglich, ein gerechtes Urteil zu fällen. Das zeigt sich deutlich, wenn man einen näheren Blick auf die US-Handelsbeziehungen mit den EU-Ländern wirft:

Erstens kommen die Güter aus den USA in Europa meist per Schiff an, Hauptumschlagplatz ist Rotterdam. Auch US-Exporte nach Deutschland werden dann als Lieferungen in die Niederlande gezählt, was die Statistik verfälscht. So betrug der Anteil der US-Exporte in die Niederlande an allen US-Exporten in die EU 2017 fast 15 Prozent – dabei wohnen nur rund 3 Prozent der Europäer in den Niederlanden und die dortige Wirtschaftsleistung macht nur 4 Prozent des EU-Gesamtwerts aus.

Zweitens gibt es einen ähnlichen Effekt bei der Zuordnung von Dienstleistungsgeschäften: Häufig wickeln amerikanische Firmen ihre Geschäfte mit Europa über Niederlassungen in Irland oder den Niederlanden ab. Dann werden deutsche Dienstleistungsimporte aus den USA einerseits als Handel zwischen Deutschland und den EU-Partnern Irland oder den Niederlanden verbucht und andererseits als Handel zwischen Irland oder den Niederlanden mit den USA. So wurden beispielsweise im Jahr 2016 rund 20 Prozent der US-Dienstleistungsexporte in die EU für Irland verbucht und nur knapp 14 Prozent für Deutschland.

Es gibt aber noch ein weiteres grundsätzliches Problem in Sachen Handelsstatistik: Jedes Land erhebt seine Daten auf andere Weise – mit der Folge, dass die Ergebnisse oft im Widerspruch zueinander stehen. So behaupten sowohl die Briten als auch die US-Amerikaner, mit dem jeweils anderen Land einen Leistungsbilanzüberschuss zu haben.

MINT-Lücke größer denn je

MINT-Frühjahrsreport. In Deutschland fehlen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – kurz: MINT – so viele Arbeitskräfte wie noch nie, wie aus dem MINT-Frühjahrsreport 2018 des Instituts der deutschen Wirtschaft hervorgeht. Vor allem an nicht akademischen Fachkräften mangelt es. Um die Lücke zu verkleinern, sollten mehr Fachkräfte aus dem Ausland gewonnen und mehr Flüchtlinge ausgebildet werden.

Für die Innovationsstärke Deutschlands in einer zunehmend digitalisierten Wirtschaftswelt spielen MINT-Arbeitskräfte eine zentrale Rolle. Von den mehr als 1,34 Millionen Menschen, die 2015 in Forschungsabteilungen tätig waren, hatten 83 Prozent eine MINT-Qualifikation. Unter anderem setzt die Metall- und Elektro-Industrie, die 2016 mit Investitionen von 97,5 Milliarden Euro für mehr als 60 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland verantwortlich war, seit jeher auf gut ausgebildete MINT-Kräfte.

Vor diesem Hintergrund sind die Zahlen aus dem MINT-Frühjahrsreport des Instituts der deutschen Wirtschaft beunruhigend (Grafik):

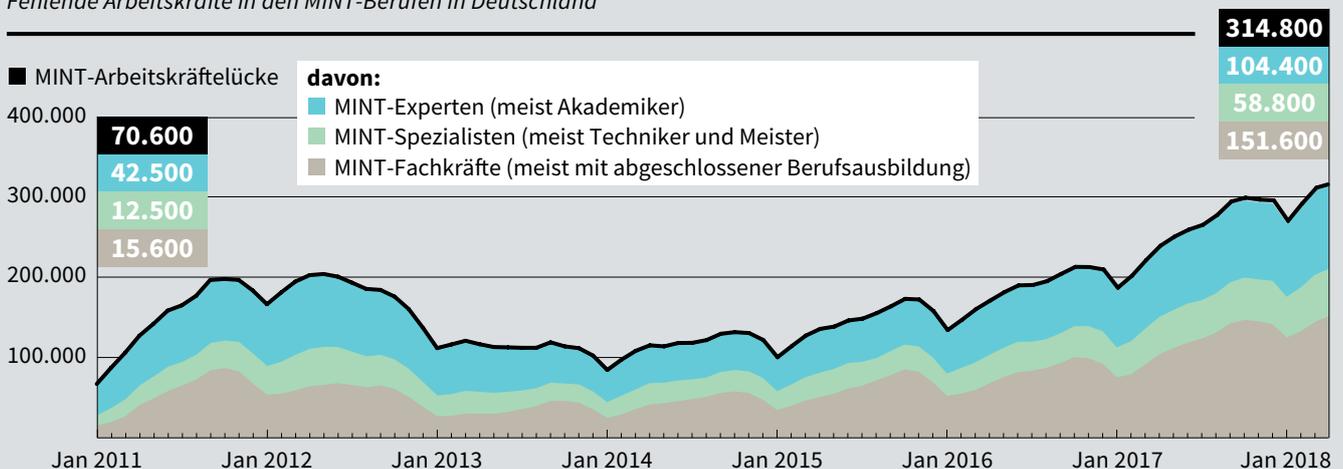
Ende April 2018 fehlten in Deutschland fast 315.000 MINT-Arbeitskräfte – das war der höchste Stand seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 2011.

Damit ist die MINT-Lücke hierzulande nicht nur weiter gewachsen – im Vergleich zum April 2017 um stolze 77.300. Sie hat sich auch strukturell verändert: Fehlten vor einigen Jahren vor allem MINT-Akademiker, mangelt es heute insbesondere an Facharbeitern, Meistern und Technikern. Bei zwei von drei fehlenden Kräften sind diese Qualifikationen aktuell gefragt. Außerdem gibt es thematisch eine deutliche Verschiebung in Richtung Informationstechnologiesektor. Während im April 2014 rund 16.000 IT-Experten – in der Regel Akademiker – benötigt wurden, sind es heute 39.600, also mehr als doppelt so viele.

Die Engpässe in den MINT-Berufen sind groß, sie wären aber wohl noch um einiges größer, wenn die Zahl der ausländischen MINT-Kräfte in den vergangenen Jahren nicht überproportional zugenommen hätte:

MINT-Arbeitskräfte: Lücke auf Rekordniveau

Fehlende Arbeitskräfte in den MINT-Berufen in Deutschland



MINT-Berufe: Berufe aus den Fachgebieten Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

Seit 2013 haben rund 42.000 Ausländer einen akademischen MINT-Job wie Ingenieur oder Informatiker in Deutschland angenommen.

Auch die Zahl der ausländischen MINT-Spezialisten und MINT-Fachkräfte hat sich dynamischer entwickelt als die der vergleichbaren deutschen Beschäftigten (Grafik). Insgesamt waren im April 2018 in Deutschland knapp 600.000 Ausländer in MINT-Berufen beschäftigt.

Ausländische Arbeitnehmer können auch in Zukunft dazu beitragen, die MINT-Lücke zu verkleinern oder zumindest stabil zu halten. Dazu ist es wichtig, dass qualifizierte Zuwanderer aus Drittstaaten problemlos nach Deutschland kommen können – etwa aus demographiestarken Ländern wie Indien:

Seit Anfang 2013 sind fast 5.000 Inder in die Bundesrepublik gekommen und arbeiten als Ingenieur oder Informatiker.

Insgesamt sind hierzulande derzeit etwa 8.700 Zugewanderte aus Indien in akademischen MINT-Berufen beschäftigt – außerdem 7.250 Italiener, 6.800 Spanier, 6.400 Franzosen und 6.100 Chinesen.

Erste Impulse für die MINT-Berufe sind auch aus der Flüchtlingsmigration zu verzeichnen. Denn die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Menschen aus Eritrea, Irak, Afghanistan und Syrien – den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge – ist deutlich gestiegen: Im Jahr 2012 kamen von dort rund 2.700 MINT-Beschäftigte, im Herbst 2017 waren es bereits 16.400. Eine genaue Prognose, wie viele Flüchtlinge künftig den MINT-Sektor verstärken werden, ist schwierig. Forscher gehen für Ende 2020 von 30.000 bis 50.000 MINT-Beschäftigten aus.

Fachkräfte aus dem Ausland können die MINT-Lücke aber nicht gänzlich füllen. Auch die Unternehmen, die Schulen und die Politik müssen versuchen, mehr junge Menschen für MINT-Berufe zu begeistern. Die Arbeitsbedingungen dürften dabei hilfreich sein:

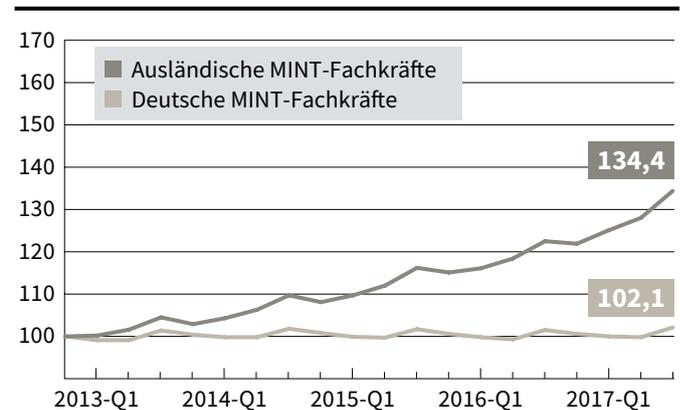
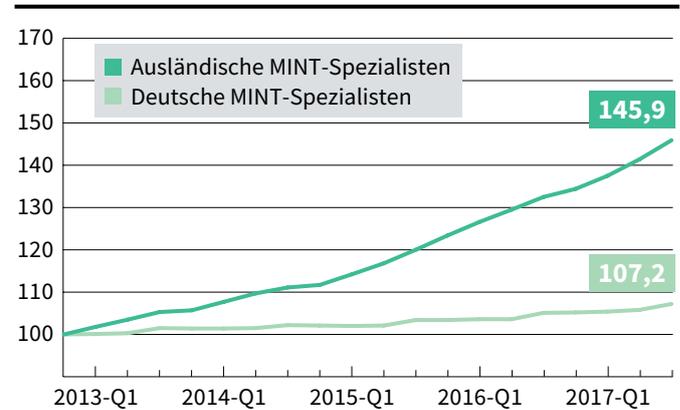
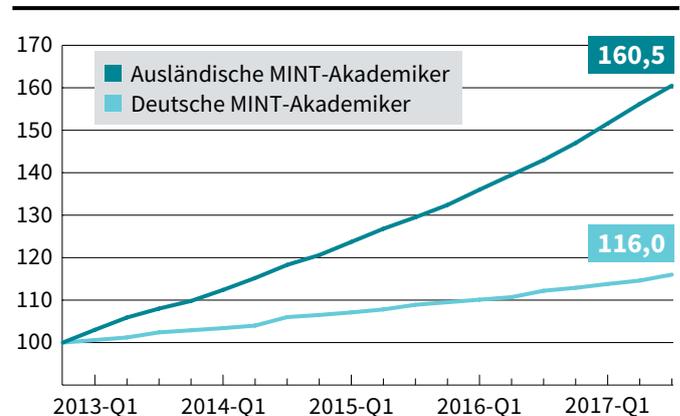
MINT-Beschäftigte verdienen im Durchschnitt mehr als ihre gleich qualifizierten Kolleginnen und Kollegen anderer Fachrichtungen.

Rund 76 Prozent der erwerbstätigen MINT-Akademiker verdienen im Monat mehr als 2.000 Euro netto, 20 Prozent sogar über 4.000 Euro. Unter den sonstigen Akademikern liegen die Quoten dagegen nur bei 63 beziehungsweise 13 Prozent. Von den MINT-Fachkräften haben knapp 40 Prozent monatlich mehr als 2.000 Euro auf dem Konto. Diese Marke überspringen bei den sonstigen Fachkräften lediglich 22 Prozent.

Die MINT-Berufe bieten jungen Menschen darüber hinaus sehr gute Chancen für einen Bildungsaufstieg. Zwischen 2001 und 2016 gehörten fast 70 Prozent der Ingenieure und 66 Prozent der sonstigen MINT-Akademi-

MINT-Kräfte: Dynamischer Zuwachs aus dem Ausland

Arbeitnehmer in MINT-Berufen, 4. Quartal 2012 = 100



MINT-Berufe: Berufe aus den Fachgebieten Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik; Spezialisten: meist Techniker und Meister; Fachkräfte: meist mit abgeschlossener Berufsausbildung
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

ker zu den sogenannten Bildungsaufsteigern. Das heißt, sie haben ihre Eltern überholt, denn weder Mutter noch Vater hatten einen akademischen Abschluss.

MINT-Frühjahrsreport 2018

MINT – Offenheit, Chancen, Innovationen. Gutachten für BDA, BDI, MINT Zukunft schaffen und Gesamtmetall
iwkoeln.de/mint-fruehjahrsreport_2018

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Chefredakteur: Ulrich von Lampe (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich



Top-Liste: Attraktive Exile

Es gibt viele Gründe, ins Ausland zu ziehen: wegen eines tollen Jobs, der großen Liebe oder des milden Klimas. Dass Österreich innerhalb der EU das beliebteste Land für deutsche Auswanderer ist, liegt nicht nur an der räumlichen Nähe, sondern vor allem an der gemeinsamen Sprache. Knapp 20 Prozent der in Österreich lebenden Deutschen sind zwischen 20 und 29 Jahre alt, die meisten studieren. Auch Spanien zählt zu den Top-Destinationen der Auslandsdeutschen, doch viele entdecken die Schönheit des Landes erst im Alter: Fast jeder dritte Deutsche, der in Spanien lebt, ist über 65 Jahre alt. Ähnlich ist es in Bulgarien. Zwar lassen sich in dem Balkanstaat vergleichsweise wenige Bundesbürger nieder, doch jeder Vierte von ihnen ist bereits im Rentenalter – die Senioren schätzen vor allem die niedrigen Lebenshaltungskosten und die mediterranen Temperaturen am Schwarzen Meer.

Zahl der Woche



EU-Ausland: Wo es die Bundesbürger hinzieht

So viele Deutsche lebten Anfang 2017 in anderen Ländern der Europäischen Union

■ Veränderung gegenüber 2016 in Prozent		
Österreich	181.600	+3
Vereinigtes Königreich	146.900	+8
Spanien	141.100	-1
Frankreich	83.900	-5
Niederlande	73.300	+1
...		
Estland	1.400	+9
Bulgarien	1.400	+2
Slowenien	900	+4
Litauen	600	+9
Lettland	400	-3
Insgesamt		
870.800		

Frankreich: vorläufige Werte
 Malta, Zypern: Werte nicht verfügbar

Quelle: Eurostat
 © 2018 IW Medien / iwd



der Wirtschaftsleistung – so hoch waren die durchschnittlichen Staatsschulden der 28 EU-Länder im vierten Quartal 2017. Damit lag die Schuldenquote fast 2 Prozentpunkte unter der von Ende 2016. Außer in Frankreich und Luxemburg sind die Quoten binnen Jahresfrist in allen EU-Ländern gesunken, am stärksten fiel der Rückgang mit gut 9 Prozentpunkten in Zypern aus. Das Gefälle bleibt allerdings hoch: Während die griechische Staatsschuldenlast fast 179 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt, sind es in Estland lediglich 9 Prozent. Deutschland liegt derzeit mit rund 64 Prozent im europäischen Mittelfeld.